

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/241

17. Dezember 1973

Willy Brandt 60 Jahre

-----  
Personifizierung der Kraft seiner Partei

Von Heinz Kühn  
Stellv. SPD-Vorsitzender und Ministerpräsident  
von Nordrhein-Westfalen

Seite 1 und 2 / 86 Zeilen

Sachlichkeit ist besser als Eilfertigkeit

-----  
Notwendige Anmerkungen zum Thema Ressortbesetzung

Seite 3 / 38 Zeilen

Europa in der Energie-Klammer

-----  
Nach Kopenhagen: Suche nach der größten Gemeinsamkeit

Seite 4 und 5 / 57 Zeilen

Entscheidung ohne Druck und Angst

-----  
Nur Fristenregelung ermöglicht erfolgreiche  
Beratungen

Von Dr. Helga Timm MdB  
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion

Seite 6 / 44 Zeilen

Gesundheit vor Profit

-----  
Zur Reform des Lebensmittelrechts - Werbung für  
Tabakwerbung verbieten!

Von Dr. Uwe Jens MdB  
Mitglied des Unterausschusses Lebensmittelrechtsreform  
des Bundestages

Seite 7 und 8 / 66 Zeilen

Willy Brandt 60 Jahre  
-----

Personifizierung der Kraft seiner Partei

Von Heinz Kühn

Stellv. SPD-Vorsitzender und  
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

Geburtstagsartikel zuhauf begleiten diesen 18. Dezember 1973, an dem Willy Brandt sechzig Jahre wird. Die himmlischen Chöre des Jubilierens und die irdischen Dämonen der Verdammung gesellen sich zu einem sehr gemischten Geburtstagsständchen. Keine Politik kann so sein, daß sie - wie ein Wort sagt - Gott dienen kann, ohne den Teufel verärgern zu wollen. Auch die Politik einer Volkspartei, die keine Jedermannspartei ist, muß aus dem Vorrang von Interessen, aus der besonderen Schutzbedürftigkeit von Interessen der einen gegen die Interessen anderer handeln. Dies ist unvermeidlich für jede Politik. Und der Widerspruch der Meinungen widerspiegelt sich im Streit der Männer und in den Artikeln der Schreiber. Auch die Gegner bekunden Willy Brandt Respekt und Anerkennung; mit den wenigen Ausnahmen der professionellen Soldschreiber gegnerischer Gesinnungen, denen nichts anderes als Polemik aus der Feder zu fließen vermag. Sei's drum.

Die Bekundungen der Zuneigung und der Verbundenheit, die an diesem Tage aus der Mitte unseres Volkes für den vom Parteimann zum Staatsmann emporgewachsenen Bundeskanzler laut werden, wiegen schwerer auf der Waagschale unserer Freunde, als die Bekundungen des Respekts und der Anerkennung aus der ganzen Welt für den Willy Brandt, der durch sein persönliches Wirken Weltgeltung gewonnen hat wie kein deutscher Staatsmann vor ihm, und für unser Volk neues Vertrauen begründet hat in West und Ost und weltweit in allen Kontinenten.

Doch wer wollte übersehen, daß dieser Geburtstag nicht nur vom hellen Licht der Freude überstrahlt, sondern auch von den Schatten der Sorge verdunkelt wird. Wenn die Folgen von Weltwährungsschwierigkeiten, Konjunkturabflachung und Ölkrise sich in ihren Wirkungen zu wachsender Kurzarbeit und drohender Arbeitslosigkeit zusammenballen, da genügt es nicht zu wissen, daß die Politik der Bundesrepublik daran nicht die Schuld trägt, und da genügt es nicht zu wissen, daß die Bundesrepublik die Zuversicht haben kann, daß wir diese Herausforderungen meistern werden.

Am wenigsten genügt dies Willy Brandt, um den Ehrentag des Sechzigsten unbekümmert zu begehen, denn in einem reifenden Leben sind diesem Manne die Ideologien immer mehr hinter den Menschen zurückgetreten, und das Wort von der Lebensqualität bedeutet ihm die Sicherung der materiellen Lebensumstände und vor allem des Arbeitsplatzes als Voraussetzung eines Lebens in mehr Würde, eines Lebens der Selbstverwirklichung des Menschen in Freiheit.

Willy Brandt hat uns in vier Wahlkämpfen durch Niederlagen und Erfolge geführt, oft verzweifelt, doch nie zweifelnd, sich immer wieder engagierend ohne Gewähr für Gewinn und Gelingen, bis der 19. November 1972 zum größten Vertrauensbeweis unseres Volkes für ihn und zum größten Stimmengewinn für

seine Partei wurde.

Siege und Niederlagen haben ihren Preis. Führung in den Erfolg ist für den, der führt, auch der Weg in die Einsamkeit. Da oben, wo man in den zeit-Überdauernden Fels der Geschichte seinen Namen einmeißelt, da oben ist es einsam und kalt. Und die andere Erfahrung des Lebens hat Gustav Flaubert in die Worte gefaßt: "Die glorreichsten Augenblicke in unserem Leben sind nicht die sogenannten Stunden des Erfolgs, sondern die, in denen in uns aus Mißstimmung und Verzweiflung ein neuer Lebensmut und die Gewißheit künftiger Erfolge erwächst."

Willy Brandt hat in Sieg und Niederlage beides erfahren. Der Weg des Lübecker Arbeiterjungen zum deutschen Bundeskanzler hat durch Tiefen und über Höhen geführt, wie bei so manchem seiner Weggefährten. Er wurde dabei zum Symbol Berlins in dessen Not um seine Freiheit, zum Brückenbauer über die Abgründe ideologischer Verfeindungen, zum Europäer, der die europäischen Visionen August Bebels und Jean Jaures' in Wirklichkeit zu wandeln hilft, zum Kämpfer in der Bauhütte einer freiheitlichen Ordnung unter den Menschen seines Volkes.

Sind das zu sehr Worte der parteiischen Zuneigung und der freundschaftlichen Verbundenheit? Zu große Worte für einen großen, aber eben doch nicht so großen Mann? So wird er selbst fragen. Wir Sozialdemokraten sind kein Jubelchor der Persönlichkeitsverehrung. Eher plagt uns der Hang zum Gegenteil. Das hat schon August Bebel beredt beschrieben. Aber wir sind eine Gesinnungsgemeinschaft menschlicher Verlässlichkeit und Dankbarkeit.

Willy Brandt hätte dies alles nicht werden und nicht leisten können ohne im Humusboden seiner Partei verwurzelt zu sein und aus diesem Boden seine Kraft zu gewinnen. Er ist nicht der starke Mann im Sinne jener Geschichtsbeurteilung, die "große Männer" das Werk der Geschichte allein tun läßt. Er ist die Personifizierung der Kraft der Partei wie kein anderer, gewissermaßen das Parallelogramm der Kräfte seiner Partei.

Die Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr hatten in der größten Halle des Landes mit der Wärme des Herzens dieser arbeitenden Bevölkerung ihr Bekenntnis zu Willy Brandt ablegen wollen. Zehntausende, doppelt so viele, wie die Halle zu fassen vermag, hatten sich spontan gemeldet, da bat Willy Brandt seine Freunde, angesichts der Ölkrise Abstand von diesem Vorhaben zu nehmen, das den Sozialdemokraten aus ihrem Herzen kam und wohl auch in sein Herz Wärme gestrahlt hätte. Wer braucht dies nicht.

Aber auch so werden ihm die Bekundungen der Zuneigung an diesem Tage zeigen, wie viele Menschen in seinem Volk und in der Welt ihm verbunden sind.  
(-/17.12.1973/ks/pr)

+ + +

Sachlichkeit ist besser als Eilfertigkeit

Notwendige Anmerkungen zum Thema Ressortbesetzung

Die Eilfertigkeit, ja Hektik, mit der manche Politiker und gewisse Zeitungen sich an der Frage der Um- oder Neubesetzungen im Bundeskabinett festbeißen, entspricht nicht der Sachlage. Wenn vor allem die Blätter des Springer-Konzerns dieses Thema zu einem innenpolitischen Kardinalpunkt hochstilisieren und es dabei auf für sie erwünschte Differenzen zwischen den Koalitionsparteien ankommen lassen möchten, dann ist das in der Tendenz so deutlich und verständlich, daß sich niemand beunruhigen lassen sollte. Weniger begreiflich sind Politikeräußerungen, in denen Justamentstandpunkte vertreten werden, bevor überhaupt die Gespräche oder Verhandlungen zwischen den Parteien und Fraktionen der Koalition begonnen haben.

Der Sonderausschuß der SPD, der sich unter dem Vorsitz Willy Brandts mit dem Problem der Bundespräsidentenwahl und der Kabinettsregelung befaßt, wird erst im Januar zusammentreten. Die nächste SPD-Präsidiumssitzung findet am 15. Januar, die nächste Parteivorstandssitzung am 18. Januar statt.

Die Nennung dieser Termine sollte eigentlich ausreichen, um zu einer ruhigeren und beruhigten Erörterung und Beurteilung der Gesamtsituation beizutragen. Unnötige Aufregung kann nicht der Aufgabe dienlich sein, alle mit dem Problem Heinemann-Nachfolge und Ressortbesetzung zusammenhängenden Probleme sorgsam zu bedenken, ausführlich zu besprechen und sachgerecht zu entscheiden. Politiker der Koalition sollten sich auch durch noch so bohrende Fragen nicht in Positionen hineindrängen lassen, die durch vorzeitige Zementierung jede Beweglichkeit ausschließen könnten.

Die Entscheidung über personelle Ressortverschiebungen oder Ressortänderungen liegt letztlich in der Hand des Bundeskanzlers. Es scheint notwendig zu sein, daß man sich allseits dieses Tatbestandes entsinnt und sein Handeln auch danach einrichtet. Und je früher man aus allen Aufregungen zur Sachlichkeit und zu realem Denken zurückfindet, desto besser ist das für alle und für die Koalition.

(ee/17.12.1973/bgy/ee)

+ + +

### Europa in der Energie-Klammer

-----

#### Nach Kopenhagen: Suche nach der größten Gemeinsamkeit

Der Satz des dritten Kopenhagener Kommuniqué-Teils spricht für sich: Der EG-Ministerrat soll Sofortmaßnahmen zur Sicherung der ordnungsgemäßen Energieversorgung ausarbeiten, wobei der Krise "möglichst konzertiert" zu begegnen sei. Solange aber das nicht konkret geschehen ist, müssen die meisten der von der Rohölknappheit bedrängten Europäer erst einmal weiter von der Hoffnung leben.

Nicht etwa weil die nach Kopenhagen geeilten Staats- und Regierungschefs den arabischen Überraschungsbesuch mit unterschiedlichen Konsequenzen zur Kenntnis nahmen, ist vorschneller Jubel unangebracht. Es darf auch nicht übersehen werden, daß Beteiligte wie Betroffene mit völlig unterschiedlichen Vorstellungen an das Krisen-Management herangegangen sind. Frankreich beispielsweise redet mit leichter Zunge weitgehenden staatlichen Kontroll-Mechanismen das Wort, wobei die Erfahrung der letzten Jahre lehrt, daß die Regierung in Paris sehr wohl versuchen könnte, mit einem Minimum von Beteiligung an der gemeinsamen Krisenbewältigung ein Maximum an nationalem Profit zu erreichen.

Es hat den Anschein, als wiederhole sich bei der Bewältigung der Rohölknappheit das gleiche, was schon im Frühjahr während der Währungs-Turbulenzen die Gemeinschaft auf eine harte Probe gestellt hat: Die Europäer sprechen zwar mit einer Stimme, aber sie denken dennoch in zum Teil völlig voneinanderabweichenden Kategorien. Für die Bundesrepublik stellt sich damit die Frage, ob die durch eine möglicherweise nicht optimale Energie-Gemeinsamkeit bedrängte deutsche Wirtschaft überhaupt in der Lage sein wird, Überschüsse etwa für den europäischen Regionalfonds zu produzieren, für den immerhin Mittel in Höhe von 8,2 Milliarden DM für die ersten drei Jahre eingeplant sind.

Aber man sollte auch die Schwierigkeiten nicht verkennen, die auftauchen,

wenn der Ministerrat bis zum 15. Januar 1974 "Maßnahmen zur Sicherung des ordnungsgemäßen Funktionierens des gemeinsamen Energiemarktes" beschließen soll. Es ist eben die Frage, ob die Produktion von Mineralölzeugnissen in der Gemeinschaft insgesamt beispielsweise der Erzeugung von Vergaserkraftstoff den Vorrang einräumen soll oder der Herstellung von Naphta als wichtigstem Rohstoff für die petrochemische Industrie. Allein die auffälligen Unterschiede bei der Auswahl der bisherigen Sparmaßnahmen läßt die tiefgreifenden Differenzen in der Beurteilung der Notwendigkeiten ahnen.

Vieles spricht dafür, daß die Europäer zwar die Klammer erkannt haben, die sie in Form der Ölverknappung umschließt, daß da aber noch manche sind, die sich von den damit verbundenen Fesseln am liebsten nicht drücken lassen möchten. Und es wäre ein Wunder, wenn die Erdölförderländer im arabischen Raum diese Sachlage nicht erkannt hätten und gewiß auch versuchen würden, dies auszunutzen.

So gesehen wird erst das praktische Verhalten der Betroffenen in den nächsten Wochen und Monaten klären, ob die Ergebnisse der Kopenhagener Gipfelkonferenz in konkrete Taten übergehen. Schließlich müssen die Europäer nicht allein mit den Konsequenzen der Rohölverknappung fertig werden, sondern sie haben auch die Folgen völlig unterschiedlicher Stabilitätspolitiken zu bewältigen. Die grundlegende Schwierigkeit, mit der die Europäer sich konfrontiert sehen, besteht wohl darin, nicht nur eine Übersicht über die Prioritäten zu gewinnen, sondern überdies auch noch den größten, und nicht nur den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden.

Theodor Tremmes  
(-/17.12.1973/ks/pr)

+ + +

Entscheidung ohne Druck und Angst  
-----

Nur Fristenregelung ermöglicht erfolgreiche Beratungen

Von Dr. Helga Timm MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion

Bei der Gesamtbilanz über den augenblicklichen Stand der parlamentarischen Beratungen zur Reform des § 218 StGB und der begleitenden sozialpolitischen Maßnahmen, die von der SPD-Bundestagsfraktion in ihrer Klausurtagung gezogen worden ist, zeigte sich vor allen Dingen die einmütige Entschlossenheit, wirksame Reformen zustande zu bringen, die den Frauen und Familien in ihren Konfliktsituationen helfen und langfristig dazu beitragen, Schwangerschaftsabbrüche einzudämmen.

In der Diskussion wurden die vielschichtigen Aspekte des gesellschafts-politischen und strafrechtlichen Problems "Schwangerschaftsabbruch" in aller Tiefe ausgelotet. Beide Seiten - sowohl diejenigen, die dem erweiterten Indikationsmodell den Vorzug geben, als auch diejenigen, die den von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Gesetzentwurf einer Fristenregelung befürworten - versuchten sich gegenseitig ihre Argumente zu verdeutlichen.

Mir wurde im Verlauf dieser intensiven Diskussion immer wieder meine seit Jahren vertretene Überzeugung bestätigt, daß eine erfolgreiche Beratung schwangerer Frauen, die in eine ausweglose Situation geraten zu sein scheinen, nur erreicht werden kann, wenn die Betroffenen die Möglichkeit haben, in einem straffreien Zeitraum das Für und Wider, ein Kind annehmen zu können oder es ablehnen zu müssen, zu überdenken, mit dem Arzt oder auch mit anderen Beratern alle Überlegungen anzustellen, die zu einer verantwortlichen Entscheidung führen.

Nicht zuletzt muß auch für sozial benachteiligte Frauen die Regelung des § 218 so anschaulich und einsichtig sein, daß gerade sie sich ermutigt fühlen, Beratung überhaupt in Anspruch zu nehmen. Es kann wohl keine ernsthafte Behauptung dagegen geben, daß dieser Anforderung ausschließlich die Fristenregelung Rechnung trägt, weil sie allein den Frauen in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft die Möglichkeit gibt, ohne Druck frei zu entscheiden. Dem wird manchmal entgegengehalten, daß in dem Entwurf eines Indikationsmodells, das eine kleine Gruppe von SPD-Abgeordneten mit Dr. Adolf Müller-Emmert an der Spitze vorgelegt hat, die Frauen generell straffrei bleiben sollen. Dabei wird aber versäumt, hinzuzufügen, daß diese Straffreiheit nur mit der Aufgabe der freien Entscheidung der Frau erkaufte wird: Da ausschließlich der Arzt (nach obligatorischer Einholung eines schriftlichen beratenden Gutachtens) strafrechtlich die Verantwortung trägt, kann auch nur er in diesem Modell die Entscheidung fällen.

Die Frau müßte sich hier also wieder einer Fremdentcheidung eines Einzelnen fügen, der objektiv außerstande ist, ihre Probleme zu ermessen. Denn jedes Indikationsmodell, das über die rein medizinische Indikation hinausgeht, verschleiert die Tatsache, daß es rechtspolitisch unmöglich ist, soziale Indikationen zu normieren.

Wenn die sozialpolitischen Maßnahmen, die bereits jetzt eingeleitet worden sind - insbesondere die Beratungen - wirksam werden sollen, muß jeder schwangeren Frau ein Zeitraum zur eigenen, ohne Ängste gefällten Entscheidung zur Verfügung stehen: und das ermöglicht nur die Fristenregelung.

(-/17.12.1973/ks/pr)

+ + +

Gesundheit vor Profit

Zur Reform des Lebensmittelrechts - Werbung für Tabakwaren verbieten!

Von Dr. Uwe Jens MdB

Mitglied des Unterausschusses Lebensmittelrechtsreform des Bundestages

"Die Zigarettenindustrie hat in den USA zu großen Einfluß auf die Gesetzgebung" war die Meinung der Federal Trade Commission in Washington. Deshalb ist "drüben" ein generelles Werbeverbot für alle Tabakwaren im Parlament nicht durchzusetzen. Das gleiche Problem steht im Zusammenhang mit der Reform des Lebensmittelrechts auch auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages.

Dabei ist unter seriösen Wissenschaftlern in allen Ländern der Welt völlig klar: Wer raucht, stirbt eher an Krebs. Und auch das sog. "passive Rauchen" fördert die Krebssterblichkeit. Jährlich werden in der Bundesrepublik 12 Milliarden Zigaretten produziert und aufgeraucht, jährlich sterben bei uns 50.000 Menschen - die meisten davon zwischen 35 und 55 Jahren - an Lungenkrebs.

Die Zigarettenindustrie wehrt sich mit allen Mitteln gegen ein Werbeverbot. Von ihr wird nahezu alles in Frage gestellt, was ihre bisherigen Umsätze gefährden könnte. Selbst die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Medizin werden angezweifelt. Gutachter, die die krebserregenden Eigenschaften des Rauchens in Zweifel ziehen, lassen sich gegen entsprechende Bezahlung immer finden. Die sonst so kritischen Wochenzeitschriften wagen sich an diese Diskussion über die Gefahren des Rauchens nur ungern heran; sie profitieren vor allem von den rund 200 Millionen DM, die von der Zigarettenindustrie jährlich für Werbung ausgegeben werden.

Die Werbung hat nach der Zigarettenindustrie angeblich überhaupt keinen Einfluß auf den Zigarettenverbrauch. Wobei sich Unbefangene sofort fragen werden, warum denn überhaupt 200 Millionen DM dafür ausgegeben werden, wenn damit der Absatz nicht gesteigert wird. Erich Gutenberg, der Altvater der Betriebswirtschaftslehre, schreibt jedenfalls in seinem Standardlehrbuch: "Das zentrale Anliegen des Werbenden ist und bleibt die in Frage kommenden Käufer bzw. Interessenten so zu beeinflussen, daß sie ihre Kaufentscheidung zugunsten der die Werbung betreibenden Unternehmen bzw. Gruppen treffen."

Die Zigarettenindustrie behauptet jedoch, bei ihrer Werbung gehe es nur darum, daß die Käufer bei einer Marke bleiben oder zu ihr überwechseln

sollen, nicht jedoch um einen allgemeinen Konsumanreiz. Das will sie mit nahezu gleich-(un)sinnigen Werbeslogans erreichen, wie z.B.: "Erleben, was genießen heißt" (Astor), "Schöne, neue Welt des Genießens"(Atika), "Wie ein Sonntag am Meer" (Reyno), "Um alles Schöne besser zu genießen" (Windsor) oder "Leicht genießen in der Welt der Peter Stuyvesant". Der Tenor dieser Werbung ist weitgehend angepaßt und immer verführerisch; die Reue des jugendhaften Genießers kommt dann meistens mit 50, wenn der Arzt lakonisch feststellt: Rauchen Sie nur weiter!...

Im Übrigen kann das Überwechseln von einer Marke zur anderen auch dadurch unterbunden werden, daß jeder Firma die Möglichkeit genommen wird, für ihre Marke zu werben, indem man das Absatzinstrument "Werbung" also aus dem Verkehr zieht. Dann wird die Zigarettenindustrie 200 Millionen DM im Jahr sparen, was sie eigenartigerweise nicht will.

Alle Argumente, die gegen ein generelles Werbeverbot ins Feld geführt werden, ziehen nicht. Gegen das Grundgesetz kann ein derartiges Werbeverbot wohl kaum verstoßen. Was wäre das für ein Grundgesetz, das die freie Betätigung der Zigarettenindustrie zum Konsumanreiz höher bewertet, als die Gesundheit der Bürger in diesem Lande. Mit dem Verbot der Werbung im Fernsehen oder Radio allein, ist dem Problem auch nicht beizukommen. Damit hat man es in den Vereinigten Staaten versucht und trotzdem sind die Gesamtaufwendungen der Zigarettenindustrie für Werbung gleichgeblieben. Nach dem Verbot der Radio- und Fernsehwerbung kam man dort sogar auf die Idee, Zigaretten in kleinen Mengen - auch in Jugendheimen - zu verschenken. Diese Methode ist langfristig sicherlich noch verkaufsträchtiger.

Neben dem allgemeinen Werbeverbot müßte deshalb auch die Werbung gegen das Rauchen z.B. durch Hinweis auf der Packung auf die Krebsgefahr, wie es in den USA der Fall ist, oder durch direkte Aufklärungssendungen im Fernsehen eingeführt werden. Zwei Jahre ist in den Vereinigten Staaten diese Anti-Raucherwerbung mit gutem Erfolg gelaufen. Es kann doch wohl nicht sein, daß wir uns in der Bundesrepublik päpstlicher als der "kapitalistische" Papst verhalten. Aus den Erfahrungen in den Vereinigten Staaten müssen wir lernen. Die Werbung für Tabakwaren muß deshalb auch gegen den Willen der Zigarettenindustrie verboten werden.

(-/ 17.12.1973/bgy/ee)

+ + +